

Grenzenlose Energiewende am Oberrhein

20.11.2015 - Marco Fraune

Die Oberrhein-Region will dem Klimawandel gemeinsam die Stirn bieten. Obwohl grundsätzlich Einigkeit darüber herrschte, in Südbaden, den beiden Basler Kantonen und dem Elsass die Energiewende voran zu bringen, wurden gestern bei einer Fachkonferenz aber regionale Befindlichkeiten und die besonderen Interessen der Wirtschaft deutlich.

Zum Abschluss des dreistündigen ersten trinationalen Klima- und Energiekongresses in Liestal standen drei Unterschriften an: Die Regierungsvertreter von Basel-Stadt und Baselland sowie aus dem Elsass unterschrieben das „Memorandum of Understanding“, mit dem sie gemeinsam ein Signal zur bevorstehenden Weltklimakonferenz in Paris sendeten (siehe Seite „Wirtschaft“). Es handele sich nicht um einen Vertrag, sondern die Regionen bekennen sich zum Ziel des Klimaschutzes.

Beide Basel: Für Basel-Stadt werde sich mit der Unterzeichnung nicht viel bei der Energiepolitik ändern, da die ausgegebenen Ziele schon im Gesetz stünden, erklärte Matthias Nabholz, Leiter des Amtes für Umwelt und Energie. „Doch es ist ein Zeichen, dass man mit gemeinsamen Schritten voran gehen kann.“ Der Klimawandel sei ein globales Problem, das lokale Lösungen erfordere. Damit lag er auf einer Wellenlänge von Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, die auf die Energiewende vor Ort setzt.

„Wir sind lokal gefordert.“ Auf einen Schulterschluss der Regionen bei der Klima- und Energiepolitik setzt dabei Sabine Pegoraro, Regierungsrätin von Baselland. Alleingänge von Regionen und Staaten stellten keine Lösung dar. Handlungsbedarf: Angegangen werde ein „Systemwechsel“ von einer zentralen Stromversorgung mit Kohle und Kernkraft hin zu einer dezentralen mit regenerativen Quellen, erklärte Europaminister Peter Friedrich.

Dabei setzt er auf die „Digitalisierung des Energiesystems“, womit die Energiewende zum Innovationstreiber werden könne. Die vorhandene grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll auch auf dem Feld des Klimaschutzes voran gebracht werden. Für den Europaminister steht insgesamt fest, dass es am Oberrhein Koalitionen von Akteuren benötigt, die zusammen etwas hinbekommen wollen, was er als „System der losen Koppelungen über die Grenzen hinweg“ beschrieb.

Sicht des Schweizer Bundes: Walter Steinmann, Direktor des Schweizer Bundesamtes für Energie, hofft darauf, dass die von der Nordsee in Richtung Süddeutschland verlaufende Stromtrasse auch bis zu den Alpen fortgeführt wird. Bei der Geothermie geht es ihm hingegen darum, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. „Es darf kein zweites Basel geben“, womit er an die Bohrung erinnerte, bei dem im Jahr 2006 ein kleines Erdbeben ausgelöst wurde.

Es müsse zuvor Versuchsbohrungen und Forschungen geben. Im Mobilitätsbereich verwies Steinmann auf den Ausbau der Infrastruktur mit Elektrotankstellen an den Autobahnen. Energiestädte sieht er als Vorreiter. Frankreich: Für das Elsass unterschied Jean-Marie Belliard, Vizepräsident der Région Alsace, zwischen den von Paris vorgegebenen ehrgeizigen Zielen und den Aktivitäten vor Ort. Niedrigenergiehäuser, öffentliche Förderungen für private Hausbesitzer, Energieeffizienz in Unternehmen und die Einbindung von Akteuren nannte er als Stichworte. Der Willen zur Energiewende sei vorhanden.

Wobei Belliard einschränkte, dass auch auf unterschiedlichen Wegen die Ziele erreicht werden könnten. Die allgemeine Energiepolitik werde aber in Paris gemacht, ergänzte der Elsässer Kammervertreter Bernhard Stirnweiss. Zum Glück sei der Präsident am Thema Energiewende interessiert. Doch: „Die Atom-Lobby ist in Frankreich sehr einflussreich.“ Und in Fessenheim ginge es immerhin um 4000 Arbeitsplätze. „Das gesamte Gebiet macht sich Sorgen.“ Die Unternehmen: Die kritischsten Töne der Veranstaltungen lieferte Christoph Buser, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, der auf die Belastungen für die Betriebe bei der Energiewende verwies.

So könnten sich viele Unternehmen nur noch marginal verbessern, insbesondere die energieintensiven. Als Schreckgespenst malte er die Abwanderung ganzer Industriezweige an die Wand. „Wer seine Hausaufgaben macht, soll nicht noch bestraft werden“, warb er für finanzielle Entlastungen. Auch günstigere CO₂-Zertifikate seien wichtig. Die Wirtschaft sei zudem auf Versorgungs- und Planungssicherheit angewiesen.

Kathrin Amacker, Präsidentin von Regio Basiliensis, kontierte. „Die Wirtschaft hat schon viel gemacht, doch es befreit nicht, noch weiter zu denken.“ Mit der Digitalisierung habe man einen weiteren Hebel in der Hand. Klaus Preiser, Geschäftsführer von Badenova, erachtet die Energiewende als große Chance. „Wir sind ein gesegnetes Land für regenerative Energien.“ Der Energieversorger setzt auch Hoffnungen auf die Nutzung von Erdgasleitungen als Stromspeicher.



Mit der Klimaerwärmung werden Wetterphänomene zunehmend extremer: Im Bild die Zerstörung nach dem Hurrikan «Katrina» in New Orleans.

ARCHIV/MATTHIAS B. KRAUSE

Dreiland schliesst sich Klimabündnis an

Klimakongress Beide Basel, das Elsass und Baden-Württemberg einigen sich auf gemeinsames CO₂-Senkungsziel

VON DANIEL HALLER

Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Die Klimawandel-Hölle hat der ETH-Professor und Unternehmer Anton Gunzinger am Dienstag am KMU-Podium in Laufen beschrieben: 2 Milliarden Tote in 20 Jahren durch steigende Nahrungsmittelpreise, Hungersnöte, Völkerwanderungen, Ressourcenkriege. Selbst wenn Gunzinger nur zu einem Zehntel recht haben sollte, wären 200 Millionen immer noch doppelt so viele Opfer, wie sie der Zweite Weltkrieg gefordert hat.

Gute Vorsätze dagegen fasste man gestern Freitag im «Engel» in Liestal: Regierungsvertreter aus dem Elsass und beiden Basel unterzeichneten eine Absichtserklärung, ein Memorandum of Understanding (MoU), zuhanden der UN-Klimakonferenz, die am 30. November in Paris beginnt.

Diese Erklärung unter dem Titel «Global Climate Leadership» ist eine Initiative Kaliforniens und des Landes Baden-Württemberg, das schon im Mai zu den Erstunterzeichnern gehörte: Subnationale Gebietskörperschaften rund um den Globus - Bundesländer, Teilstaaten, Kantone, Städte und Provinzen - beschliessen zuhanden der UN-Klimakonferenz in Paris Klimaschutz-Massnahmen. Sie sollen in ihren Zielen weitergehen als ihre nationalen Regierungen. Bisher haben 60 Regionen die Absichtserklärung unterschrieben.

In der Schweiz sind die beiden Basel die einzigen Kantone, die teilnehmen. Sie solidarisieren sich so mit Teilstaaten wie British Columbia (Kanada), Schottland (UK), Sardinien (Italien), Hidalgo (Mexiko), Gifu (Japan), Oregon (USA), Ucayali (Peru), Sechuan (China) oder Guédiawaye (Senegal). Gemeinsames Ziel: Das Weltklima soll sich um nicht mehr als 2 Grad erwärmen. Das Dokument ist deshalb international als «Under2MoU» bekannt.

80 Prozent weniger Treibhausgas

Konkret fordert das Memorandum, dass die Unterzeichner ihren Treibhausgasausstoss bis 2050 um 80 bis 95 Prozent unter das Niveau von 1990 senken und/oder ein Emissionsziel von weniger als 2 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr erreichen müssen. So verpflichten sich die Unterzeichner, «eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz und eine umfassende Entwicklung der erneuerbaren Energien» anzustreben.

Dabei ist es den Partnern überlassen, wie sie das Ziel erreichen. Doch sollen alle Unterzeichner in einem eigenen Anhang ihre Massnahmen auflisten und so den Partnern - die Absichtserklärung findet man im Internet - zeigen, was ihnen eingefallen ist. Man will voneinander lernen.

An diesem Punkt zeigt sich eine Schwäche der im Mai gestarteten Initiative: Bis zum Weltklimagipfel sollen möglichst viele subnationale Regierungen unterschreiben, um in Paris Druck zu machen. Auf die Schnelle haben jedoch viele den Anhang noch nicht aufgeschaltet. Auch das Elsass und die beiden Basel unterzeichneten gestern das Under2MoU ohne ihre Anhänge. In Basel-Stadt liegt dieser aber bereits vor (oberer Kasten rechts).

Mehr als nur heisse Luft?

Hält lokale Realpolitik, was die Unterschrift unter internationale Absichtserklärungen verspricht? Zweifel sind nicht zuletzt deshalb angebracht, weil das revidierte Baselbieter Energiegesetz kein Klimagas-Reduktionsziel enthält.

In welchem Umfang man im Kanton Baselland CO₂-Emissionen senken will, soll die Regierung in einer Mobilitätsstrategie definieren. Doch bereits in der der Vernehmlassung zum Energiegesetz melden Wirtschaftsverbände Widerstand an: «Bei der verlangten Mobilitätsstrategie ist sicherzustellen, dass der Kanton nicht damit beginnt, die wirtschaftsfeindlichen Modelle, wie sie beispielsweise in Basel-Stadt bestehen, zu übernehmen», betont die Wirtschaftskammer Baselland. Und Swissoil beider Basel fordert: «Auf die Erwähnung starrer Vorgaben auf bestimmte Zeitpunkte hin ist zu verzichten.»

Nicht zuletzt ist das revidierte Energiegesetz noch nicht beschlossen. Bei der Handelskammer beider Basel stösst es auf Ablehnung. Mit anderen Worten: Ängste hemmen die Klimapolitik: Dass das gestern unterschriebene Reduktionsziel ein guter Vorsatz auf dem Weg zur Hölle bleibt, ist nicht auszuschliessen.

Globale Ziele lokal umsetzen

Die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro erklärte in der Podiumsdiskussion am trinationalen Klima- und Energiekongress in Liestal, um die internationale Vereinbarung auf Gesetzesebene herunterzubrechen, müsse man die Wirtschaft und die Bürger überzeugen. «Das ist ein langer und steiniger Weg. Bei grenzüberschreitenden Vereinbarungen hat die Bevölkerung keine Möglichkeit, sich einzubringen. Wir brauchen das, um etwas bewegen zu können.»

Die Freiburger Regierungsbezirkspräsidentin Bärbel Schäfer zeigte sich optimistisch: «Je mehr die Leute vor Ort sehen, was passiert, desto höher ist ihre Akzeptanz der Energiewende.» Und Peter Friedrich, baden-württembergischer Europa-Minister, meinte: «Internationale Vereinbarungen muss man regional umsetzen. Das verbessert die Situation vor Ort.»

«Bei grenzüberschreitenden Vereinbarungen hat die Bevölkerung keine Möglichkeit, sich einzubringen. Wir brauchen das, um etwas bewegen zu können.»

Sabine Pegoraro Bau- und Umweltschutzdirektorin Baselland



Jean-Marie Belliard, Vizepräsident der Region Elsass (von links), Regierungsrätin Sabine Pegoraro und der Basler Leiter des Amts für Umwelt und Energie, Matthias Nabholz, unterzeichnen das Abkommen. Dahinter der baden-württembergische Minister Peter Friedrich und Bärbel Schäfer, Präsidentin des Regierungsbezirks Freiburg im Breisgau.

KONKRETE MASSNAHMEN

Was planen die beiden Basel?

Die kurzfristig aufgegleiste Absichtserklärung namens «Under2MoU» enthält keine grundsätzlich neuen Massnahmen. Vielmehr hat die Deutsch-Französisch-Schweizerische Oberrheinkonferenz diese bereits im Juni 2013 beschlossen. Für Baselland heisst dies gemäss Alberto Isenburg, Leiter Amt für Umweltschutz und Energie, «in erster Linie die Umsetzung der Energiestrategie 2012, die Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes mit dem Schwerpunkt Energieeffizienz, was die CO₂-Emissionen senkt, sowie die Umsetzung der

kantonalen Wasserstrategie vom Mai 2012». Im Basler Anhang zur unterzeichneten Absichtserklärung heisst es unter anderem: «Ab 2050 sollen sämtliche Energieanwendungen auf Kantonsgebiet mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden, also etwa Heizungen, Warmwassererzeugung, Motoren, Maschinen und Fahrzeuge.» Ein weiteres Holzwerk soll den Anteil erneuerbarer Energie an der Fernwärme auf 80 Prozent steigern. Als strategisches Ziel nennt Basel die 2000-Watt-Gesellschaft und die Reduktion des jährlichen CO₂-Ausstosses pro Person und Jahr auf 1 Tonne.

500

Millionen Menschen leben in den gut 60 Regionen, Provinzen und Bundesländern, die das Memorandum of Understanding «Global Climate Leadership» unterzeichnet haben.

ZUSTIMMUNG

Initiativen von unten stärken

Klimaschutz-Spezialist Daniel Wiener, Präsident der Stiftung Global Infrastructure Basel, sagt zum unterzeichneten Abkommen: «In den meisten Ländern haben Teilstaaten viel weniger zu sagen als die Kantone in der Schweiz. Deshalb ist es wertvoll, dass lokale Kräfte von ihren Regierungen klimapolitischen Spielraum und Unterstützung einfordern.» Zudem bringe eine solche Initiative Leute zusammen, die für den Umbruch voneinander lernen können. Dass der Ausstieg aus Öl, Kohle und Gas nötig sei, wenn man die Katastrophe vermeiden will, setze sich als Erkenntnis zuneh-

mend auch in Wirtschaftskreisen durch. «Dies erfordert einen grundsätzlich anderen Lebensstil, der aber keineswegs mit Verlust an Lebensqualität einhergehen wird - im Gegenteil.» Aktuelle Kritik aus Wirtschaftskreisen in Bezug auf konkrete Massnahmen und Ziele seien Teil der Politik: «Das System zeigt sich jeweils lange Zeit träge, bis es - wie bei der Abwasserreinigung oder der Luftreinhaltung - plötzlich schnell geht.» Insofern sei es gut, dass Kantonsregierungen international ein CO₂-Reduktionsziel unterschreiben, das im lokalen politischen Prozess noch nicht beschlossen ist. «Damit nehmen die Exekutiven ihre Führungsrolle wahr.»

Le Rhin supérieur veut montrer l'exemple

À l'issue du premier congrès trinational sur le climat et l'énergie, qui s'est tenu hier à Liestal, la Région Alsace a signé, comme ses partenaires badois et bâlois, un « memorandum » destiné à envoyer un signal fort à la Cop 21.

Olivier Brégeard

« Ce memorandum est l'expression d'une prise de conscience commune. Nos trois régions sont condamnées à vivre ensemble... Dans tous les domaines, elles forment un seul bassin de vie », a lancé Jean-Marie Belliard, maire de Sierentz et vice-président du conseil régional d'Alsace.

Philippe Richert étant retenu par la campagne électorale, c'est lui qui a signé un protocole d'accord de coopération pour la protection du climat, aux côtés des représentants des cantons de Bâle-Ville et Bâle-Campagne, à l'issue du premier congrès trinational sur le climat et l'énergie, qui s'est tenu hier à Liestal.

Plus de 570 millions de personnes représentées

Initié en mai dernier par le Land du Bade-Wurtemberg et l'État de Californie, ce « Memorandum of Understanding » (dans la langue universelle) a désormais été validé par une soixantaine d'entités juridiques locales (États, provinces, régions...) de 19 pays, rassemblant plus de 570 millions de personnes sur les cinq continents. « La province chinoise du Jiangsu, avec laquelle la Région Alsace est jumelée, a déjà signé ! », a remarqué Jean-Marie Belliard avec amusement.



De gauche à droite : Jean-Marie Belliard (vice-président de la Région Alsace), Peter Friedrich (ministre du Land du Bade-Wurtemberg), Sabine Pegoraro (conseillère d'État du canton de Bâle-Campagne), Bärbel Schäfer (présidente du « Regierungsbezirk » de Freiburg) et Matthias Nabholz (chef du Bureau de l'environnement et de l'énergie du canton de Bâle-Ville), lors de la signature du « Memorandum of understanding », hier à Liestal. Photo L'Alsace/Olivier Brégeard

Les signataires espèrent ainsi envoyer un signal fort à la conférence mondiale sur le climat (Cop 21) qui se tiendra du 30 novembre au 11 décembre à Paris. Chacun d'entre eux s'engage à réduire ses émissions de gaz à effet de serre (GES) de 80 à 95 % par rapport aux niveaux de 1990, ou en dessous des 2 tonnes par habitant et par an, d'ici 2050, niveau jugé nécessaire pour limiter le réchauffement climatique mondial à moins de

deux degrés d'ici la fin du siècle.

Si certains signataires étrangers ont joint en annexe une liste des actions qu'ils comptent mener, le memorandum ne comporte ni contraintes légales, ni engagements précis. La Région Alsace et ses voisins indiquent cependant que leurs politiques respectives – qui ont fait l'objet de schémas et autres plans stratégiques arrêtés ces dernières années – affichent

des objectifs similaires.

Pour les collectivités frontalières, qui se targuent d'avoir été pionnières, dans leurs pays, en matière d'environnement, il s'agit aussi de continuer à donner l'exemple, par-delà les différences d'approches et de cultures.

« Une région phare dans ce combat »

« Le Bade-Wurtemberg ne peut répondre seul à la problématique du réchauffement, la région trinationale pas davantage, ni l'Allemagne seule. Mais le Rhin supérieur peut être une région phare dans ce combat », souligne ainsi Peter Friedrich, ministre en charge du Conseil fédéral, de l'Europe et des Affaires internationales du Land de Bade-Wurtemberg.

Ne pouvant être représenté hier en Suisse, le Département du Bas-Rhin avait signé le memorandum dès jeudi. Selon l'association Trion-Climat, qui organisait le congrès, celui du Haut-Rhin a également été sollicité, pour l'instant en vain. Présent à Liestal, le directeur général des services, Georges Walter, a expliqué, en aparté, que la non-signature du memorandum résultait d'un problème de communication, mais que le Haut-Rhin était évidemment sur la même longueur d'onde que ses partenaires alsaciens, allemands et suisses.

Les syndicats craignent la disparition du régime local

Fabienne Delaunoy

La mission parlementaire chargée de faire des propositions sur l'articulation du régime local d'assurance maladie avec la généralisation des complémentaires santé a auditionné début octobre les différents syndicats, groupements et institutions concernés par ce sujet. « Mais curieusement les options possibles pour faire évoluer ou pas ce régime qui a un caractère régional affirmé ne seront pas évoquées avant la fin des élections régionales. A-t-on peur de l'avis des électeurs ? », s'interroge une intersyndicale CFDT, CFE-CGC, CFTC, CGT, Unsa. « Nous sommes dans notre rôle lorsque nous alertons les candidats aux élections régionales de décembre sur cette question. Même si la Région

n'est pas compétente dans ce domaine, les élus qui la composent doivent travailler pour le bien commun. Et le régime local d'assurance maladie est un atout pour les salariés, autant que pour les retraités et les chômeurs, à la différence du régime général qui n'est pas aussi solidaire », ajoutent les syndicats.

« Une rupture d'égalité avec les autres salariés »

À partir du 1^{er} janvier 2016, tout salarié devra bénéficier d'une couverture santé complémentaire minimale dont l'employeur assure au moins la moitié du financement. Or le régime local assure déjà, au bénéfice des salariés travaillant dans les trois départements qu'il couvre, des prestations au moins équivalentes, mais dont le financement incombe exclusivement à ces salariés.

Continuité

Changement de région mais pas de régime d'assurance maladie pour les bénéficiaires du régime local. Dans un communiqué, Daniel Lorthiois, président du régime local d'assurance maladie d'Alsace-Moselle explique que « les salariés travaillant en Alsace et en Moselle continueront à relever du régime local et les salariés travaillant hors Alsace et Moselle continueront à ne pas relever du régime local, même si le siège se situe désormais en Alsace ou Moselle ». Une seule catégorie de salariés pourra désormais bénéficier du régime local. « Les salariés travaillant hors Alsace et Moselle et ayant le statut d'itinérants relèveront désormais également du régime local si le nouveau siège de l'employeur est en Alsace ou en Moselle. Par ailleurs, les règles d'affiliation des retraités ne sont pas modifiées. »

« Il y aura donc, à compter de 2016, une rupture d'égalité entre les salariés d'Alsace et de Moselle et ceux de la "France de l'intérieur", au détriment des premiers qui devront supporter le financement de prestations incombant à l'employeur pour les autres, dénonce l'intersyndicale. Des recours pourraient être formés, fragilisant juridiquement le régime local qui pourrait disparaître. »

L'intersyndicale propose donc trois pistes. L'articulation de la généralisation de la complémentaire santé en entreprise avec un régime local inchangé, une évolution du financement du régime local qui introduirait une participation des employeurs et une évolution des prestations garanties par le régime local afin de tendre vers le panier de soins minimum prévu par la réforme. Sur la participation des employeurs, les syndicats expliquent « avoir essuyé le refus des organisations patronales alsaciennes ».